

Solidarity Cities

Argumentationsbogen zu den Folien der PPP (Stand 04.04.17)

Natürlich ist das kein verbindlicher Text, die Folien können verändert, getauscht und ergänzt werden ... Aber vielleicht ist es eine Hilfe, Präsentationen für andere Städte vorzubereiten. It is work in progress...



Es wäre schön wenn solches Schild demnächst zu unseren Städten weisen würde.

Ich möchte in dieser Präsentation darlegen, was Sanctuary Cities sind und warum wir allerdings nicht mehr von Städten der Zuflucht sprechen wollen, sondern von Solidarity Cities, von Städten der Solidarität.

2015



Bildquelle: Der Spiegel

Erinnern wir uns an das Jahr 2015, an den sog. SOMMER DER MIGRATIONEN . Damals gab es einen Aufbruch der Hoffnung und des Willkommens.

Hier sehen wir Flüchtige aus Syrien, die in Budapest gestrandet waren und die am 04. September zu Fuß in Richtung Deutschland und

Nordeuropa aufbrachen. Sie wurden in Wien und in München von einer Menschenkette empfangen, die applaudierte und die Lebensmittel, Kleidung und Spielzeug für die Kinder überbrachte.

2017

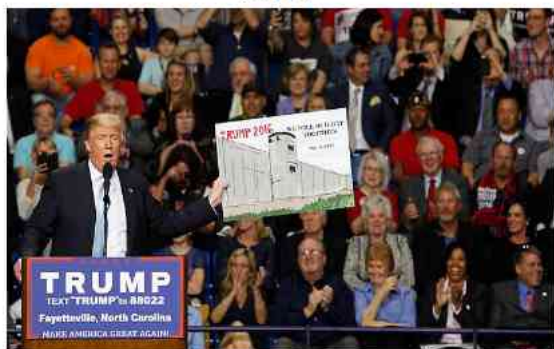


Bildquelle: Al Jazeera

Inzwischen haben wir 2017. Dieses Bild zeigt Migrant*innen, die in Belgrad gestrandet sind und die Angst haben, sich registrieren zu lassen. Ob sie es je nach Ungarn und weiter nach Deutschland schaffen ist ungewiss.

Sie schlafen in Abbruchhäusern.

2017



Bildquelle: NYT

Das Klima hat sich gewandelt.
Hier sehen wir Trump und seine Mauer.

Aber die europäische Mauer ist das Mittelmeer, wo die Zahl der Toten viel höher ist als an der Grenze zwischen Mexiko und den USA.

Phoenix 10.02.17



Bildquelle: Al Jazeera

In den USA gibt es breiten Widerstand gegen Reisebeschränkungen und Ausweisungen.

Die Sanctuary Cities verteidigen sich.

2017

Versiebenfachung der Ausreisen notwendig

Die McKinsey-Berater halten eine starke Steigerung der Rückführungen ausreisepflichtiger Ausländer für erforderlich. Gegenüber 2016 wäre theoretisch „insgesamt eine Versiebenfachung der Ausreisen notwendig, wenn alle Ausreisepflichtigen noch 2017 ausreisen sollten“, schreiben die Studienautoren in ihrem Abschlussbericht. Um dieses Ziel zu erreichen, wären insgesamt **570.000 Ausreisen** nötig, gegenüber 85.000 im Jahr 2016.

Die Welt 11.01.2017

In Deutschland ist es nicht viel besser: Stichwort Pegida und AfD, Stichwort Dirty Deal mit der Türkei, Stichwort Valetta-Prozess, Stichwort Obergrenzen für Flüchtige, Stichwort Rückschiebung der Flüchtigen nach Afghanistan...

Die McKinsey Studie, im Auftrag der Bundesregierung erstellt, spricht von 570 000 Ausreisepflichtigen Die Menschen werden sich der

Deportation entziehen. Wir müssen damit rechnen, dass wir in der kommenden Zeit immer mehr Menschen unter uns haben ohne Status, ohne Einkommen und ohne Papiere..

Abschiebung nach Afghanistan
23.01.2017



Afghanistan wurde als „Sicheres Drittland“ eingestuft, die Abschiebungen begannen im Januar.

23.01.2017



Bildquelle: Tagesschau

Aber schon bei den ersten Transporten konnten sich viele Menschen vor der Deportation retten.

Und es gibt einen breiten Widerstand. Am Frankfurter Flughafen gab es Proteste, und der Kommentar abends in der Tagesschau war eindeutig. Einige Länder haben die Abschiebungen nach Afghanistan

ausgesetzt.

Abschiebungen Kanzler-Länder-Gipfel 09.02.17



Die Kanzlerin versucht, die Abschiebungen zur Bundesangelegenheit zu erklären und die Abschiebehaft auszuweiten.

Im Vorfeld der Wahlen könnte die AfD die Parteien vor sich her treiben und die Aggressivität könnte sich noch steigern.

FES-Mitte-Studie 2016

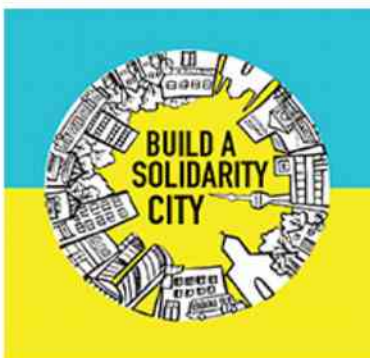
Die Mehrheit der Bevölkerung äußert sich im Sommer 2016 wohlwollend ...

Über die Hälfte der Befragten (56%) findet die Aufnahme gut, weitere 24% zumindest "teils-teils" gut und ist optimistisch, dass es der Gesellschaft gelingt, die aktuelle Situation zu bewältigen.

Das wichtigste, das wir dem Neonationalismus entgegenhalten können, ist ein positives Bild von Städten, in denen die Menschen solidarisch zusammen leben.

Mehr als 50% der Bevölkerung sind potentiell auf unserer Seite.

<https://www.fes.de/de/gespaltene-mitte-rechtsextreme-einstellungen-2016/>



Dies ist das Logo der Bewegung für eine Solidarische Stadt in Toront.

In mancher Hinsicht ist Toronto für uns ein wichtiger Bezugspunkt, und ich werde gleich erklären, warum.

History: Sanctuary Movement USA

Underground Railroad
Vietnam Krieg
Mittelamerika, Reagan

Zunächst aber kurz zur Geschichte. Sanctuary ist in der Kirche der Raum hinter dem Altar. Es ist zugleich der Begriff für Kirchenasyl.

https://en.wikpedia.org/wiki/Sanctuary_movement

1980 war Krieg in Mittelamerika, die USA waren daran nicht völlig unschuldig. Millionen Menschen flohen in die USA, Unter Reagan erhielt damals ein einziger Mann aus Guatemala Asyl – einer von Millionen. Das war die Situation, dass US-Amerikaner aller Glaubensrichtungen die Kirchen öffneten und vielen tausenden Menschen Asyl gewährten.

Sanctuary Cities

A sanctuary city is a city in the United States or Canada that adopts local policies designed to not prosecute people solely for being an illegal alien in the country in which they are currently living. These practices can be by law (de jure) or they can be by habit (de facto).

http://en.wikipea.org/wiki/Sanctuary_city

Von diesem Kirchenasyl in den 1980er Jahren leiten sich die Sanctuary Cities ab. Als erstes entstanden sie in California. In den USA gibt es eine Bundespolizei, die auch für die „Migra“ zuständig ist – die Ausländerpolizei, die die Abschiebungen durchführt. Ansonsten ist dort Polizei Sache der Städte und der Counties. Die Stadtverwaltungen konnten also ihre

Polizei und die Counties ihren Sheriff anweisen, die Migra nicht zu unterstützen und keine Personen nach ihren Papieren zu befragen. Zum Teil geschah das aus Gründen der Verbrechensbekämpfung: Damit die Migrant*innen zu Zeugenaussagen bereit waren, mussten sie sicher sein dürfen, dass sie nicht anschließend ausgewiesen werden würden. Vor allem aber geschah es, weil sich die Bewohnerinnen einer Stadt gegenseitig schätzen gelernt hatten. Allein in New York gibt es eine halbe Millionen Menschen ohne Papiere.

In Europa sind die Rechtsverhältnisse anders. Wir setzen hier auf die „practices by habit“, also auf Gewohnheitsrecht und Spielräume der Verwaltung mehr als auf das Juristische. Darauf kommen wir später zurück.

Sanctuary Cities USA

Offene Grenzen bis 1965
LA wird Sanct City 1979
1986 Naturalisierung und Kontrolle
1996 Gatekeeper
NY Sanct City 2003
2006 Sensenbrenner Bill
~11 Mill
3 Mill Abschiebungen unter Obama

Von diesem Kirchenasyl in den 1980er Jahren leiten sich die Sanctuary Cities ab. Als erstes entstanden sie in California. In den USA gibt es eine Bundespolizei, die auch für die „Migra“ zuständig ist – die Ausländerpolizei, die die Abschiebungen durchführt. Ansonsten ist dort Polizei Sache der Städte und der Counties. Die Stadtverwaltungen konnten also ihre

Polizei und die Counties ihren Sheriff anweisen, die Migra nicht zu unterstützen und keine Personen nach ihren Papieren zu befragen.

In der Geschichte der Migrationen zwischen Mexiko und den USA ging es immer zuerst um billige Arbeit. Reagan und später Bush hatten nichts gegen illegale Migrant*innen. Bau, Textil- und Fleischindustrie, Gastronomie, Hausbedienstete und vieles andere wären ohne die 11 Millionen Sans-Papier-Chicanos gar nicht denkbar. Allein in New York gibt es eine halbe Millionen Menschen ohne Papiere.

Sanctuary Cities sind also Ergebnis vieler Kräfte: Die Stadtverwaltungen wollen ihre Arbeitsmärkte sichern, die Chicanos wollen Bleiberecht, die Unterstützer*innen wollen besser lebenswerte Städte.

2006: Sensenbrenner Bill - Protest



2006 sollten Millionen Migrant*innen ausgewiesen werden, ähnlich wie derzeit unter Trump.

Millionen gingen auf die Straße, sie trugen amerikanische und mexikanische Fahnen und sangen Good Bless America. Sie fühlen sich als Amerikaner und Mexikaner.

Ein „day without us“ ließ die Wirtschaft einknicken.

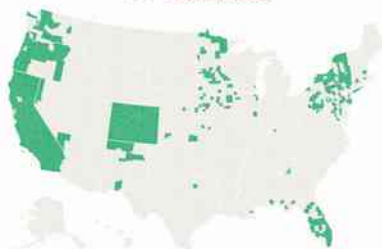
Die Sensenbrenner Bill wurde nicht verabschiedet, weitere Städte erklärten sich zu Sanctuary Cities.

LA 1979, NY 2003, 39 Cities



Inzwischen gibt es in den USA 39 Städte, die sich als Sanctuary Cities bezeichnen, darunter LA, SF, Seattle, Denver, Dallas, Chicago, Detroit, NY , Washington.

364 Counties



Außerdem gibt es zahlreiche Counties, besonders an der Westküste.

Courage in Elm City

NYT MAY 22, 2008

Last year, in an act of considerable political courage, New Haven began offering a municipal ID card to all residents, including illegal immigrants. The reaction from anti-immigrant forces was predictably ugly. Protesters disrupted meetings, heckled and threatened city officials and tried to intimidate businesses that supported the program, which is believed to be the first of its kind in the nation. The city has held firm.

Im Jahre 2007 gab es in der Geschichte der Sanctuary Cities einen gewaltigen Schritt vorwärts, in New Haven wurden zum ersten Mal City-ID-Cards ausgegeben an alle Personen, die in der Stadt wohnten, unabhängig von ihrem rechtlichen Status. Dies ist ein Zeitungsausschnitt aus der NYT.

Natürlich gab es sehr viele Anfeindungen.



Sanctuary Cities – Städte als Zufluchtsorte

Seit Januar 2015: New York City ID Card

500'000 New Yorker ohne legalen Aufenthaltsstatus werden zu 'urban citizens'

Seit 2015 gibt es city ID Cards auch in NYC

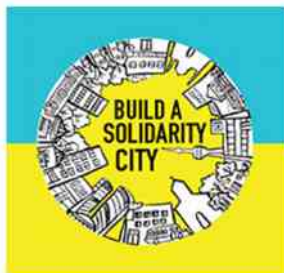
US- Städte mit City ID Cards

- 1.1 Arizona
- 1.1.1 Phoenix, Arizona (2016)
- 1.2 California
- 1.2.1 Los Angeles, California (2012)
- 1.2.2 Oakland, California (2012)
- 1.2.3 Richmond, California (2011)
- 1.2.4 San Francisco, California (2007)
- 1.3 Connecticut
- 1.3.1 New Haven, Connecticut (2007)
- 1.4 Illinois
- 1.4.1 Chicago (2016)
- 1.5 Michigan
- 1.5.1 Detroit, Michigan (2016)
- 1.6 New Jersey
- 1.6.1 Axbury Park, New Jersey (2015)
- 1.6.2 Mercer County, New Jersey (2011)
- 1.6.3 Monmouth County, New Jersey
- 1.6.4 Plainfield, New Jersey (2013)
- 1.6.5 Roselle, New Jersey (2015)
- 1.7 New York
- 1.7.1 New York City (2015)
- 1.8 Washington, D.C. (2014)

Juelle
https://en.wikipedia.org/wiki/City_identification_card

Das ist die Liste der Städte, die bis 2015 eine City ID Card eingeführt hatten. San Francisco ist New Haven sofort gefolgt, inzwischen aber auch LA, Chicago, Detroit, NY, Washington.

All diese Städte befinden sich derzeit im Konflikt mit der Trump-Administration, wie es in den Zeitungen zu lesen war.



Don't Ask
Don't Tell

Wir verlassen jetzt die USA und gehen nordwärts nach Canada. Die erste Stadt in Kanada, die den status einer Sanctuary City erreicht hat, ist Toronto. NOII hat dort, im Bündnis mit vielen anderen Gruppen, Kirchen, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen und staatlichen Institutionen etwas erreicht. Sie begannen 2004, für eine Solidarity City zu kämpfen, und im Jahre 2012 fasste

endlich auch der Rat der Stadt seinen Beschluss, Toronto zur Sanctuary City zu erklären.

Wir hoffen, dass wir in Osnabrück, Münster, Göttingen, Bremen und Hamburg, Freiburg usw. nicht so lange brauchen werden, aber wir können aus diesen 8 Jahren lernen, dass uns nichts in den Schoß gelegt wird und den Migrant*innen schon gar nicht.



Weitere Informationen zu Toronto finden sich auf der Homepage von Toronto.NOII

<http://toronto.nooneisillegal.org/>

Toronto: No One Is Illegal

Our Access Without Fear campaigns include:
Stop Police Support for Immigration Enforcement, initiated 2004
Education Not Deportation, initiated April 2006
Shelter | Sanctuary | Status, initiated October 2008
Food for All, initiated February 2009
Stop the Cuts, 2011-2012
Solidarity City Network, launched 2012

Hier sind die Kampagnen aufgelistet, die NOII-Toronto in diesen Jahren durchgeführt hat. Als erstes STOP POLICE SUPPORT, dann NO DEPORTATION, dann ging es um Schule, Wohnraum, Nahrungsmittel. Diese Reihenfolge ist, denken wir, auch für die hiesigen Verhältnisse von Bedeutung. Schutz vor Abschiebungen steht

immer an erster Stelle.

Bündnis Sanctuary City

Community Organisationen
Indianer
Anwaltsvereine
Coalition against Poverty
NOII
Social Planning Toronto

Die Bewegung von unten her, die konkreten Kampagnen, waren der erste Schritt.

Ab 2012 gab es dann ein breites Bündnis, und jetzt waren die Kräfte beisammen, um auch Druck auf den City Council auszuüben.

Das Bündnis bestand aus Bürgerinitiativen, Kirchen, Gewerkschaften, und natürlich auch radikale Menschenrechter*innen und Aktivist*innen.

Points of Unity Demands

- An end to all deportations and detentions
- The implementation of a full and inclusive regularization program for all non-status people
- Access without fear to essential services for all undocumented people
- The recognition of indigenous sovereignty
- An end to the exploitation of temporary workers

Dies sind die Forderungen, auf die sich alle Gruppen und Institutionen geeinigt haben, die sich in Toronto an der Kampagne beteiligt haben.

Toronto 2012



Quelle: NOII Toronto

Sehr wichtig waren Kampagnen zur Unterstützung von Arbeiter*innen in informellen Arbeitsverhältnissen – das bleibt auch wichtig, nachdem Toronto schon zur Sanctuary City geworden ist.

Es gibt in Toronto ca. 200 000 illegale Arbeiter*innen. Die meisten Sans Papiers sind Visa-Overstayers, die auf dem Arbeitsmarkt schutzlos ausgeliefert sind.

STORY

Posted by [Gwalgen Dent](#) on March 3, 2013

Reviewed by Toronto Media Co-op editors

How Sanctuary City Came to Be

Constant Organizing, Perfect Timing Lead to Groundbreaking Motion

by [Gwalgen Geordie Dent](#)

TORONTO—After years of organizing, the City of Toronto is finally a sanctuary for undocumented people.

A motion passed by City Council last week will allow every Torontonians to access City services regardless of their immigration status. The motion, which passed by 37-3, will ensure that the estimated 200,000 undocumented people in the City will be able to access City services without fear of detention and deportation. It also allows for training and education for services and the general public.



Diese Meldung bezieht sich auf die Entscheidung des City Council. Toronto ist jetzt Sanctuary City.

Aber wichtig für uns bleibt der Kampf um die Solidarity City, der auch in Toronto noch lange nicht zueinde ist.



City of Sanctuary is a movement to build a culture of welcome and hospitality for refugees and asylum-seekers. In 2007, with the support of the City Council, Sheffield became the UK's first 'City of Sanctuary' for asylum-seekers and refugees—a city that takes pride in the welcome it offers to people in need of safety.

<https://sheffield.cityofsanctuary.org/>

Wir machen jetzt einen Schritt näher auf Europa zu. Die Bürgermeisterin von Barcelona, Ada Colau, ruft auf, Sanctuary Cities in der EU zu gründen.

Sheffield ist bereits seit 2007 Sanctuary Cities und in allen größeren englischen und schottischen Städten gibt es derartige Initiativen.



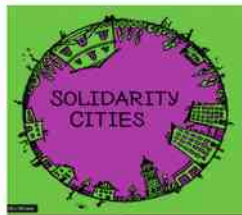
Ein Bild der Harmonie. Vielleicht könnte am englischen Beispiel der Gedanke aufkommen, dass sich eine Sanctuary City desto leichter realisieren ließen, je dichter die Außengrenzen abgeschottet sind.

In Sheffield gibt es 1000 Refugees, die meisten sind ja in Calais stecken geblieben. Allein in Osnabrück gibt es 4000.

Unser Blick muss sich deshalb mehr nach Italien richten, wo die Zuflucht über die zentrale Mittelmeerroute ungebrochen ist. Lokale Bündnisse zwischen Landarbeiter*innen in Süditalien und den Migrant*innen wären hier ein wichtiger Punkt, sowie auch die Willkommenskultur in vielen kleineren italienischen Städten.

Aber wir wollen jetzt hierher auf Deutschland zurückkommen.

„Möglichkeitsfenster“ Solidarity City



Schiffbauer spricht im Zusammenhang mit der „Willkommenskultur“ von einer „neuen Bürgerbewegung“ und einem „Möglichkeitsfenster“.

Umfrage So Wi EKD Mai 2016

- 8,7% der Menschen über 14 Jahren waren in der „Willkommenskultur“ aktiv
- Mehr als 5 Millionen
- Mit Geld- und Sachspenden 6 Millionen

<https://www.ekd.de/ij/download/fuehrungsstudie-2016.pdf>

Das bezieht sich auf die mehr als 5 Millionen Menschen, die Refugees unterstützt haben. Viele von ihnen sind empört und frustriert aufgrund des Wechsels von der Willkommens- zur Abschiebekultur.

Viele von ihnen werden die Arbeit für eine Solidarische Stadt unterstützen.



Wir müssen versuchen, die Strömung guten Willens noch aufzugreifen.

Es gibt ja gute Traditionen. Hier 2 Bücher von KMII, die sich für das Bleiberecht und für Papiere für alle einsetzen, aus den Jahren 1999 und 2000. Damals hatten in Frankreich die Kämpfe der Sans-Papiers das Problem der sog. Illegalen in die Öffentlichkeit

gebracht.



2010

Seit den 1990er Jahren gibt es auch eine Tradition des Kirchenasyls, sowohl im katholischen wie im evangelischen Bereich. Im Jahre 2010 hat sich eine überkonfessionelle Initiative gebildet, um das Kirchenasyl zu fördern.

www.kirchenasyl.de/charta

In der Charta dieser Initiative heißt es:
Wir verpflichten uns

- alle Möglichkeiten zu nutzen, Flüchtlingen in Not zu helfen.
- dort, wo eine Abschiebung droht, und damit die Würde und das Leben von Menschen in Gefahr ist, Flüchtlinge in unseren Gemeinden aufzunehmen und zu schützen („sanctuary“, Kirchenasyl), bis eine annehmbare Lösung für sie gefunden ist. Wir werden dort, wo dies notwendig wird, eine offene Auseinandersetzung mit den Regierenden nicht scheuen.
- die skandalösen Praktiken, mit denen Flüchtlinge an den Außengrenzen Europas abgewehrt oder im Inland drangsaliert werden (Abschiebehaft, Diskriminierungen in nahezu allen Lebensbereichen), beharrlich in die Öffentlichkeit zu tragen, um die Gewissen zu schärfen.
- für eine an Menschenwürde und Menschenrechten orientierte Asyl- und Einwanderungspolitik einzutreten – von der lokalen bis zur europäischen Ebene.
- dazu beizutragen, dass Flüchtlinge sich in unserer Gesellschaft willkommen fühlen und an dieser gleichberechtigt teilhaben.
- für diese Selbstverpflichtungen und Ziele auch in unseren Kirchen und unter Mitchristen und Mitchristinnen zu werben.
- die Kooperation mit Gleichgesinnten zu suchen – unabhängig davon, welcher Glaubensgemeinschaft oder Weltanschauung sie angehören.
- uns europaweit und weltweit zu vernetzen und im Sinne dieser Verpflichtungen solidarisch zusammenzuarbeiten.

Polizei ist Ländersache
Abschiebung ist Ländersache
BAMF ist Bundesbehörde

Aber:
Verwaltung, Ausländerbehörde, Job Center,
Sozialämter, Schulen, Krankenhäuser
Kultureinrichtungen

sind Sache der Kommunen und der Landkreise

Die Verwaltung hat Spielräume!

Natürlich sind die juristischen Bedingungen hier anders als in den USA, weil die Städte und Landkreise keine Polizeibefugnisse haben. Wir müssen uns also eher auf das de facto beziehen, also auf die Anwendung des Rechts und auf die Spielräume der Verwaltung. Es gab im letzten Jahr zum Beispiel in Freiburg und in Münster Beschlüsse der Stadträte, Gruppen von Roma Schutz zu gewähren, auf zum Teil trickreiche Weise.

Wir sehen in kleineren Städten mit eher links- oder grün-gesinnter Bevölkerung und mit einer Uni die besten Chancen für Solidarity Cities – also in kleineren Städten wie

Freiburg, Göttingen, Osnabrück usw. Bremen wäre natürlich ideal, weil dort die Polizeigewalt bei der Stadt liegt. In den großen Städten wird es vielleicht eher Solidarity Stadtteile geben, in Ottensen oder in Kreuzberg. Oder Bockenheim und Langendreer? Oder Schwabing?

§ 28 GG Abs. 2

2) Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.

Das Recht der kommunalen Selbstverwaltung bietet, so sagen es einige Jurist*innen, Möglichkeiten, die noch gar nicht ganz ausgelotet sind.



Schutz vor Deportationen ist Voraussetzung

Aber wir dürfen natürlich nicht bis zur Entscheidung des Verfassungsgerichts warten, bevor wir die ersten Solidarity Cities ins Leben rufen. Es ist ganz offensichtlich, dass die allererste Voraussetzung für Solidarity Cities die Verhinderung von Abschiebungen ist. Das war in Phoenix und in Toronto so, und auch hier.

- „Access without fear“
- Nicht fragen, nicht melden
- Schulbesuch ermöglichen
- Medizin für alle, Freiplätze in Krankenhäusern
- Uni- Kurse, Sprachkurse
- Soziale Zentren, Werkstätten, Kooperativen
- Job- und Wohnungsbörse
- Alternative Wohnformen
- Umsonstkultur
- Info-Café, Volksküchen und Kleiderkammern
- Feste und Veranstaltungen
-
- Und City ID Cards

Hier sind einige Punkte aufgelistet, an was wir denken müssten, wenn es um die Vorbereitung von Solidarity City geht. Vielleicht ist nicht alles ganz so harmonisch, wie es hier erscheint. Auch in Solidarity Cities werden Kapitalismus und Ausbeutung nicht verschwunden sein. Wenn von Jobs und Einkommen die Rede ist, müssen wir uns sofort und gleichzeitig Gedanken machen über den Schutz vor Überausbeutung.

Wenn von Wohnungsvermittlung die Rede ist, müssen wir uns sofort und gleichzeitig Gedanken machen über die Verhinderung von Wuchermieten.

Ganz viel davon ist atmosphärischer Natur, es ist eine Fortsetzung der Willkommenskultur und es ist eine Summe kleiner und größerer Projekte, die sich vernetzen und im gegenseitigen Respekt arbeiten, von Bürgerinitiativen bis zu No Lager Aktivist*innen.

Was viele Bürger*innen schon an Willkommenskultur leisten, das könnte sich in einem Traum von Solidarity City bündeln und zu der Frage hin führen: In was für einer Gesellschaft wollen wir leben?

Und diese Atmosphäre könnte auf die Funktionsträger der städtischen Verwaltungen und der Bürger*innen übergreifen - von den freundlichen Beamt*innen in der

Ausländerbehörde, den Schulen und Krankenhäusern, potentielle Arbeit- und Wohnungsgeber*innen bis hin zu Kirchengemeinden, die Asyl bieten
 Gewerkschafter*innen, die Sans Papiers beraten und Aktivist*innen, die Häuser instandbesetzen, Kulturcafés machen und Abschiebungen verhindern.

Was erforderlich ist, ist nichts weniger als ein Kulturwandel. Ich stelle mir eine Art von Synergismus vor zwischen eher bürgerlichen Initiativen und den Aktivist*innen, deren Aufgabe es sein würde, die Solidarity Cities von unten zu entwickeln. Am Ende eines solchen Prozesses hätten wir dann vielleicht einen Beschluss des Stadtrats, vor allem aber hätten wir stabilere Strukturen an der Basis als heute. Vieles könnte sich so viel besser entwickeln, wenn die Kräfte nicht in den ständigen Auseinandersetzungen mit Polizei und Verwaltung gebunden sein würden...



In Bern gibt es eine Gruppe, die sich mit Urban Citizenship schon länger beschäftigt. Sie fordert City-IDs wie in New York und anderen Städten.

Arbeitsbereiche:

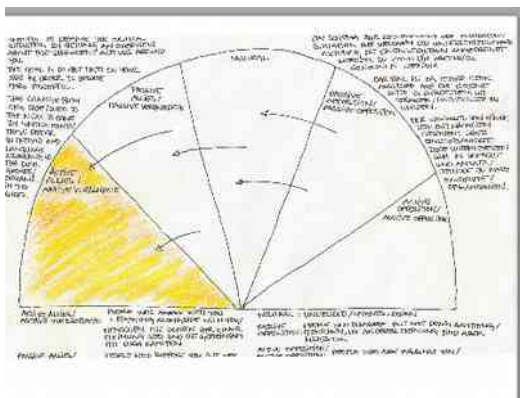
1. Pressing in Richtung Stadtrat / Verwaltung
2. Solidarity City von unten: Wohnraum instandbesetzen, Info Cafés, Schutz vor Abschiebungen, No Lager, Schutz gegen Ausbeutung
3. Vernetzung

Auf dieser Folie ist eine mögliche Arbeitsteilung skizziert.

Wir brauchen Bürgerinitiativen und Juristinnen, um die Stadtverwaltung zu überzeugen.

Wir brauchen die Solidarity City, die sich aus Basisinitiativen entwickelt und die vor allen Dingen eins braucht: Toleranz.

Und wir brauchen Unterstützung und Vernetzung über die Stadtgrenzen hinweg.



Dieses Bild zeigt ein „Tool“, das Aktivist*innen aus Toronto empfohlen haben, um ein „mapping“ in den jeweiligen Städten durchzuführen. Vielleicht im Anschluss erklären. Es ist kein statisches Instrument.

Ganz links sind die Aktive Supporters, Leute wie wir selbst. Dann die passiven Unterstützer/*innen, in der Mitte die Neutralen, und nach rechts die passiven und die Aktiven Gegner.

Entscheidend ist, die Konfrontation mit den Aktiven Gegnern nicht zum Einzigsten zu machen, sondern möglichst viele Menschen aus der Neutralität zu Supportern zu

machen.



Schließlich möchte ich noch eine Grafik aus Berlin vorstellen, wo sich eine Gruppe seit 2015 mit dem Thema Solidarische Stadt beschäftigt.



Hier sind die Forderungen aufgelistet, die sich dort in langen Diskussionen herauskristallisiert haben. Vielleicht ist das die Grundlage für eine Charta der Solidarity Cities?